

indem sie einander wechselseitig die Schuld zuschieben, die beide Teile in ganz gleicher Weise trifft. Um so mehr muß die Sozialdemokratie sich Gedanken darüber machen, wie eine prompte Aktion, die auf die Tat unmittelbar die Säbne folgen läßt, eine prompte und exemplarische Bestrafung der Täter.

Die kommunistischen Arbeiter, die sich ihrer Haut wehren, werden von dem „Vorwärts“ mit den faschistischen Nordbänden auf eine Stufe gestellt. Genau wie es Scheidemann in der Dresdener Volkzeitung vor einigen Tagen machte.

Der Rabi wird gerufen, damit er einen beispiellosen Justizterror entfalte. Gegen die Faschisten etwa? Gerade die „Leipziger Volkzeitung“ in obigem Bericht ist ein Beweis dafür, auf wessen Seite die Staatsmacht steht. Das Verbot von Arbeitertagungen bei Nichtvorhanden der faschistischen Demonstration in Plauen ist ein weiterer Beweis. Die Amnestierung der faschistischen Kämpfer, die Verhaftung von Arbeitern, wenn sie sich gegen die Faschisten zur Wehr setzen, sind weitere und noch, auf wessen Seite die republikanische Staatsmacht steht. Sie rützt der „Vorwärts“ auf, einzufrieren, damit die Arbeiter noch mehr gemordet werden, ausgeliefert werden dem gemeinamen Bündnis zwischen Bürgerblock und den faschistischen Trübsünden.

Aber die SPD-Führer können nicht anders; denn gegen den Faschismus zum außerparlamentarischen Kampf aufzurufen, heißt zum Kampf gegen die Republik, zum Kampf gegen die kapitalistische Herrschaft aufrufen.

So brecht den Nazi-Terror!

Selbstschutzorgane in allen Betrieben! Auffklärungsarbeit unter den vom Faschismus irreführten Proletariat! Breitere proletarische Einheitsfront unter dem Banner der SPD!

Die sozialdemokratischen Arbeiter sind dem Terror der Faschisten ausgeliefert, wenn sie nicht Schluß machen mit ihren Führern, ihrer Partei. Darum ist für sie das Kampfbündnis mit den kommunistischen Arbeitern eine Lebensfrage der gesamten deutschen Arbeiterbewegung. Als Antwort auf die jüngsten Morbstiche der Nationalsozialisten

organisiere die Arbeiter antifaschistischer Abwehrorgane in allen Betrieben aus kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeitern!

Stützt die antifaschistischen Organisationen im ganzen Reich! Kräftigt das Verbot des Roten Frontkämpferbundes!

Der Kampf gegen den Faschismus muß in Betrieb und Stammtische und auf der Straße in so heftiger, alle Schichten der Arbeiter, armen Bauern, der kleinen Gewerbetreibenden, der Angehörigen in umfänglicher Weise geführt werden, daß sich die faschistischen Mordbanden an dieser roten Front das Genick brechen.

Tod dem Faschismus! Es lebe der Kommunismus!

Bürgerliche feilt die faschistischen Mordhelden in Freiheit

Berlin, 28. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Bürgerliche hat gestern einen der faschistischen Mordhelden, die dem Genossen Heimburger ermordeten, wieder freigelassen. So schlingt der Sozialfaschismus Bürgerliche die faschistischen Mörder.

Sturmtruppen der faschistischen Mordriege

Vor einiger Zeit berichteten wir, daß die Oberleitung der faschistischen Mordriege auftrug, einen Wettbewerb für eine Kopfbildung, die gegen Kopf- und Nackenschüssen schützt, durchzuführen. Jetzt haben die Dresdener Mordriege der Nazis im Sturmhaufen aus Leder berichtet.

Arbeitermord mit Dummdumgeschossen

Wie die sozialistische Zeitung berichtet, wurden bei einer Erschießung der Polizei bei einem Berliner faschistischen Rast-Kamp, Hohenheide Straße 15, eine Waffenspiele, drei Trommelrevolver und große Mengen Militär- und Revolvermunition, unter der sich eine Anzahl Dummdumgeschosse befanden. Aus dem Lafal der Nationalisten vom Volkswort Lager, waren die Waffen und Munition in die Wohnung des Rastkamps transportiert worden. In dem Lafal sind auch noch ein Gummiapparat und ein Revolver gefunden. Der Mörder heimlichers gab an, den Lafal, mit welchem der Arbeiter heimlichers niedergestochen wurde, hat Frau Unger übergeben zu haben. Diese „Dame“ feignete dem Rastkamps die Verhaftung gegen Arbeiter.

Waffendemonstrationen im Ruhrgebiet

Die Kooperation ruft zum Kampf!
Esen, 28. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition entwickelt häufig Kampftätigkeit gegen den unangehörigen Schiedsgericht für die Kohlenmetallindustrie. In Selbstschutzorganisationen aller Metallbetriebe sollen Waffen zu vorübergehenden Kampfausstellungen gestellt werden. Die Bereiche der Gewerkschaftsopposition sind:
Streik gegen den Lohnabbau, für 20 Prozent Lohnerhöhung, für den Löhndrückgang bei vollem Lohnausgleich.
Zur Stärkung des Kampfbündnisses der Betriebsarbeiter mit den Bergarbeitern und den Arbeitern aller anderen Industriezweige finden am Freitag im ganzen Ruhrgebiet sechs Demonstrationen gegen den Schiedsgericht statt.

Die Bürokratie „erhebt Einspruch“ und bereitet den Verrat vor

Esen, 28. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Der Deutsche Metallarbeiterverband beschwendigt zum Schiedsgericht der Gruppe Nordwest der deutschen Eisenindustrie eine Erklärung. Der DMB erhebt Einspruch gegen die Forderungen der Unternehmer. Er hält den Lohnabbau in der Reichswirtschaftlichen Eisenindustrie für eine „ausserordentliche erniedrigung“. Er kündigt an, daß sich die Arbeiter auf eine entsprechende Abwehr einstellen. Für eine Entschädigung des Wirtschaftsliebens trügen die Unternehmer die Verantwortung. Der DMB erklärt sich grundsätzlich (!) gegen eine Herabsetzung der Löhne. Er hält den Lohnabbau für sachlich nicht begründet, da die Wirtschaftsliebens in der Vergangenheit Jahr für Jahr stetig gewachsen seien. Zugewandene Kampfmäßigkeit wird in der Erklärung nicht vorgeschlagen.
Am Donnerstag wird der DMB in Essen in einer Konferenz zu dem Schiedsgericht Stellung nehmen. Die reformistischen Gewerkschaftsführer werden voraussichtlich die Ablehnung des Schiedsgerichtes empfehlen, weil der Augenblick für den offenen Verrat noch nicht gekommen ist, und weil sie sich von der Verbindlichkeitsklärung des Zentrumsministers Siegel als vergewaltigt fühlen wollen.

Wachsendes Hungerelend in Sachsen

So haben die „Linken“ bis heute gegen die Erwerbslosigkeit „gekämpft“ Denk daran am 22. Juni, wählt Kommunisten, Liste 3!

Dresden, den 27. Mai 1930.

Nach dem letzten Bericht des Sachverständigenrates ist die Wirtschaftskrise in den letzten Monaten weiter verschärft. Besonders die qualifizierten Arbeiter werden in Massen entlassen. So wurden in der sächsischen Metallindustrie 3800, in der Textilindustrie 3800, in anderen Industrien 500 Arbeiter entlassen im April, außerdem noch 2400 Angehörige der Bauernschaft. Die saisonmäßige Arbeitslosigkeit verringerte sich im April nur um 20 000 gegenüber 100 000 im Vorjahr.

Der inländische Warenumsatz ist so gewaltig zurückgegangen, daß im 1. Quartal 1930 200 Millionen weniger umgegangen ist als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Die Bahntransporte blieben für den Güterverkehr im April um 30 Prozent hinter dem Vorjahr zurück. Der bargeldlose Verkehr im Verhältnis verminderte sich um 10 Prozent und der Textilexport allein nach USA verringerte sich um 7,4 Millionen im Vorjahr auf 2,4 Millionen im April. Die Konsumgüter liegen 30 Prozent höher als im Vorjahr und die Bergbauerarbeiten 50 Prozent.

Nur am Kapitalmarkt ist nach der Senkung des Reichsbankdiskontsatzes um 3 Prozent eine Entspannung eingetreten. Der Handel mit Pfandbriefen und Kommunalobligationen nimmt einen schnellen Aufschwung. Ebenso steigen auch die Sparleistungseinstufen von 8 auf 12,15 Millionen Mark.

Diese katastrophale Konjunkturlage ist verbunden mit einem unbeschreiblichen Massenelend. Die Empörung der Arbeitermassen ist so groß, daß die „Linken“ SPD-Führer für sich politisches Kapital daraus zu schlagen versuchen. Wir betonen deshalb: Die Arbeiter müssen immer daran denken, daß die SPD und Gewerkschaftsbünde jahrelang erklärten, „durch Nationalisierung wird es besser“. Sie sind durch die Tatsachen aber als Lügner entlarvt und wollen jetzt erneut die Proleten betrogen.

Auf der Unterbezirkskonferenz der SPD in Zwenkau war Herr Engelbert Graf genötigt, zu sagen:

„Wo wir hinsehen, werden arbeitsparende Maschinen eingeführt. Das bedeutet natürlich vermehrte Arbeitslosigkeit.“

Run, vor einigen Jahren war das nicht so „natürlich“, sondern das Gegenteil wurde behauptet. Herr Graf sagte aber, die Lösung ist nicht „wegen“, sondern „Forderung der Nationalisierung“. Durch wen, Herr Graf? Durch die Arbeiter? Dann muß man die Arbeiter aus den Betrieben jagen. Dann muß man die kapitalistische Klasse wiederherstellen und die Herrschaft der Arbeiterklasse erröthen. Man sieht die Verwandtschaft zwischen Graf's Lösung und der brandenburgischen „Produktionskontrolle“. Er „versteht“ zu sagen, daß die Wirtschafts- und Verbergründe stehen muß. Die Folge ist eben die Konstitutionspolitik und wir sind über einige „linke“ Nebensachen nicht hinausgekommen.

Weiter, unter „linker“ Heranreiter sagt pathetisch: „Der Wirtschaftsstand ist so lang und die Vertiefung der Arbeitslosigkeit die Lohnherabsetzung „automatisch“. Zweifellos begreift der letzte Arbeiter, daß

die Verkürzung der Arbeitszeit auf höchstens sieben Stunden erforderlich ist, aber darum muß man kämpfen. Kämpfen mit allen Mitteln. Kämpfen und Opfer bringen. Der Lebensunterhalt wird nicht eingespart, wenn Engelbert Graf's „Theorie“ richtig ist, denn er sagt deutlich:

„All diese Fragen sind aber erst dann zu lösen, wenn wir wieder eine geschlossene einheitliche Front der Arbeiterklasse haben.“

Umgekehrt wird ein Schuh daraus:

Zum Kampf um die Arbeiterforderungen wird die Einheitsfront der Arbeiterklasse geschmiebt. Im Kampf um ihre Forderungen werden die Arbeiter leben, mer wirtlich die Kämpfe organisiert und die Kämpfe führt.

Das sind nicht die koalitionsführten „Linken“ Führer der SPD. Diese Herrschaften denken ja nicht einmal daran, parlamentarisch den Kampf um die Arbeiterforderungen zu unterstützen.

Die „Linken“ Führer der SPD sind gegen Arbeiterforderungen. Das ist immer wieder durch Tatsachen zu belegen.

Die kommunistische Landtagsfraktion stellte am 5. März 1930 folgenden Antrag:

- Behebung der Notlage der Erwerbslosen und Arbeitsbeschäftigung**
„Der Landtag möge beschließen, die Regierung wird beauftragt:
1. Anträge auf Betriebstilllegungen abzulehnen.
 2. Den Maximalarbeitslohn auf sieben Stunden festzusetzen, für Frauen und Jugendliche auf sechs Stunden. Die Verkürzung von Überstunden sind zu verbieten. Bei einem Mangel an Arbeitsmaterial ist — um Entlassungen zu vermeiden — die Arbeitszeit unter Fortzahlung des Lohnes unter die siebenstündige Maximalarbeitszeit herabzusetzen.
 3. Für die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger einheitliche Mindestfürsorge-Nachlässe nach der Ausbildungsgruppe 12 festzusetzen.
 4. Alle Unternehmungen, private sowie die des Staates und der Gemeinden anzumelden, alle offenen sowie freiwerdenden Arbeitsplätze dem zuständigen Arbeitsamt anzumelden. Sämtliche offenen Arbeitsplätze sind nur durch die Vermittlung des zuständigen Arbeitsamtes zu belegen. Die Vermittlung der Arbeitslosen darf nur in der Reihenfolge der Arbeitslosendaten der str. Berufsart erfolgen.
 5. Zulassung von Hilfsarbeit aller Art zu verbieten.

Bei der Reichsregierung dahin zu wirken,

1. daß die Erwerbslosenunterstützung unter Fortfall der Karenzzeiten und Sperren für die gesamte Zeit der Erwerbslosigkeit gezahlt wird;
2. daß die Reichsregierung in den Etat für das Jahr 1930 als Zuschüsse für die Arbeitslosenunterstützung für Zwecke der produktiven Erwerbslosenfürsorge, insbesondere für den kommunalen Wohnungsbau 750 Millionen RM einlegt.“

Obwohl dieser Antrag am 5. März 1930 eingebracht wurde, kam er bis heute noch nicht zur Beratung. Der Präsident des Sächsischen Landtages war der „linke“ SPD-Abgeordneter, der um die Koalitionsverhandlungen mit den bürgerlichen Parteien nicht zu scheitern, diesen Antrag nicht auf die Tagesordnung brachte. Wenn nun Graf einen so plötzlichen „Sturz“ erwirkelt um die Arbeiterforderungen, so nur, um die Arbeitermassen mit Leeren Wahlversprechen erneut zu betrogen.

Das müssen die Massen erkennen. Deshalb ist es die Aufgabe der Kommunisten und der Anhänger der „Liste 3“, die Belange in den Betrieben und die Erwerbslosen zu einer Kampfeinheit zusammenzuführen. Auch den SPD-Arbeitern müssen wir aufzeigen, wie ein mächtiges Spiel mit ihnen getrieben wird durch die gemäßigten „Linken“ Führer. Die Arbeiter müssen erkennen: der Landtagswahlkampf muß führen im Zeichen des Kampfes um die Arbeiterforderungen, der Herrichtung einer einheitlichen Kampffront aller Arbeiter und Arbeiterinnen unter dem Banner des Kommunismus. Die Wahl der Liste 3 ist eine Demonstration für die Kampfbereitschaft der Arbeitermassen.

Proletarische Mieter und Landtagswahl

Die sächsischen Mieter im Kampf

Gegen Wohnungsnot und Mietpreiserhöhung — Wählt Delegierte zum Vorkongress am 14. und 15. Juni in Dresden! — Alle Stimmen der Mieter gehören am 22. Juni der Liste 3!

Am 18. Mai fand in Leipzig der 10. Verbandstag des Landesverbandes Sachsen im Bunde deutscher Mieter statt. Einmütig wurde auf dieser Tagung eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

Trotz anhaltender schwerer Wohnungsnot ist es den verantwortlichen Stellen in diesem Frühjahr leider noch nicht gelungen (!), den Wohnungsmangel in der notwendigen Weise anzukurbeln. Trotz aller Schwierigkeiten in der Finanzlage des Staates und der Gemeinden müssen aber alle Kräfte aufgebracht werden, um auch in diesem Jahre wieder ein Wohnungsbauprogramm zur Durchführung zu bringen, das gegenüber den Leistungen der beiden letzten Jahre nicht wesentlich zurückbleibt. Der Verbandstag erwartet deshalb von Regierung und Landtag die sofortige Bereitstellung von öffentlichen Mitteln zum Wohnungsbau über die derzeit im zünftigen Mittel der Mietersparung hinaus, sofalls im Wege verbotlicher Kredite, um Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit zugleich zu lindern.

Die Annahme einer solchen Entschließung bedeutet nichts anderes als eine Vertretung der Wohnungslosen auf den 21. Märzlandtag. Regierung und Landtag haben stets bewiesen, daß sie nicht bereit sind, den Forderungen der Mieter zu entsprechen, haben stets und ständig dem Druck der Hausbesitzer nachgegeben. Die Annahme der erwähnten Entschließung bedeutet nichts anderes, als daß es der reformistischeren Führerschaft im Landesverband Sachsen des Bundes deutscher Mieter wieder einmal gelungen ist, die proletarischen Mieter vom außerparlamentarischen Kampf um ihre Forderungen abzuhalten, durch den allein an eine Befreiung der gegenwärtigen trübseligen Lage aus dem Wohnungsnotstand zu denken ist. Wie wenig die bürgerlichen Parteien, einschließlich Sozialdemokratie, daran denken, wirklich ernsthaft für die proletarischen Mieter einzutreten, zeigt das Verhalten dieser Parteien die kommunistische Fraktion im Landtag entweder niederhinstimmen oder enthielten, daß diese bis zur Auflösung des alten Landtages überhaupt nicht zur Beratung gestellt wurden. So erging es einem Antrag der KPD-Fraktion, der am 17. Februar 1930 eingebracht wurde und der folgende

dem Reich Protest zu erheben gegen die Verwendung der Mietersparung für den allgemeinen Finanzbedarf des Reiches.

Ein weiterer Antrag vom 21. Februar richtete sich gegen die geplanten Verkürzungen des Mieterlohnes. Auch wieder ließ die kommunistische Fraktion auf das energischste gegen die von der Landesregierung gebilligte

Erhöhung der Mieten in Chemnitz und Leipzig
auf 120 bzw. 130 Prozent. Alle diese Anträge wurden überhaupt nicht zur Beratung gestellt, und das in der Amtsperiode des Sozialdemokratischen Präsidents Weikel!

Genau so wie im Landtag, hat die Sozialdemokratie gemeinsam mit allen bürgerlichen Parteien die Forderungen der Mieter in ganz Sachsen preisgegeben.

Sehr wohl müssen die Hausbesitzer, daß die Kommunisten ihre einzigen Gegner sind. In ihrem jährlichen Organ vom 15. April, der „Grund- und Hausbesitzerzeitung“, schreiben sie:

„Käuflichkeit des Bürgerturns, historisch gemordet und bedingt, ist leider noch immer so groß, daß zwar viel geäußert, viel gemurmelt wird, daß aber von da bis zum Entschluß zur eigenen Tat im Angriff

gegen den offenen oder verheimlichten Kommunismus noch so viele Wenn und Aber zu überwinden sind, daß die entschlosseneren Naturen manchmal wirklich den Glauben an das eigene Volk verlieren könnten. Das Bürgerturn hat nur die Wahl: Amboß oder Hammer zu sein. Entschieden es sich für die unüberwindliche Rolle des Amboß, so darf es sich nicht wundern, wenn es unter den unbarmerzigen Schlägen des Nazismus und des Kommunismus vernichtet wird.“

Im Kampfe gegen den einzigen Vertreter der Mieterinteressen zucht dann die „Grund- und Hausbesitzerzeitung“ eindringlich nach einem Entschluß, nach der offenen feindseligen Haltung, in der berechtigten Erwartung, daß die

Nationalsozialisten alle Forderungen des Hausbesitzes erfüllen werden. Aus all dem Gelagten ergibt sich für den proletarischen Mieter die Pflicht:

am 22. Juni nur der Liste 3 — Kommunistische Partei — die Stimme zu geben

und darüber hinaus den außerparlamentarischen Kampf für die Mieterinteressen zu organisieren. Das Beispiel der am Kampf teilnehmenden Mieter des Robert-Straußhof hat in Chemnitz müßig werden. So wie das der Mieter gegen eine sozialdemokratische Verwaltung unter der Führung der Arbeitgemeinschaft sozialpolitischer Organisationen (Arlo) den Kampf führen, müssen in ganz Sachsen die Mieter und deren Organisationen sich der Arlo anschließen und müssen ihre Vertreter

zum 1. Reichsvorkongress der Arlo am 14. und 15. Juni in Dresden entsenden, auf dem der Vorsitzende des Reichswohnungsaußenbüros, Georg Schumann, M. d. A., in einem besonderen Referat zu den Problemen der Wohnungsnot und Mieterbewegung Stellung nehmen wird. Dieser Kongress ist ein Kampfkongress, der außerparlamentarische Maßnahmen gegen die soziale Reaktion vor größerer Tragweite beschließen wird. Darum müssen die Mieter auf diesem Kongress nicht fehlen.

Schließliche Kampfeslinie, Mietergenossen! Formiert die Kampfeinheit! Erhebt eure Vertreter zum Arlo-Kongress und merkt zu jeder Stunde unermüdlich für die Ehre jener Partei, die allein eure Interessen vertritt!

Wählt am 22. Juni Liste 3: KPD!